

Weitere Umzüge von Bonn nach Berlin nicht vorgesehen

Regierung rückt Gerüchte über eine Initiative des Haushaltsausschusses zurecht / „Ausgesprochen ärgerliche Debatte“

Die Bundesregierung will den Großteil der Ministerialbeamten in Bonn belassen. Ein Umzug weiterer Häuser nach Berlin sei nicht geplant, stellte Regierungssprecher Ulrich Wilhelm am Montag klar.

BERLIN · Wie weit sich Deutschland von West nach Ost erstreckt, wissen tausende Ministerialbeamte nur zu gut. Immer wieder pendeln sie fast von einer Grenze zur anderen – auf Staatskosten. Rund zehn Millionen Euro im Jahr lässt sich der Bund dies kosten, hat der Bundesrechnungshof im Jahr 2002 ermittelt. Die Tendenz sei zwar fallend, meint ein Sprecher der – Bonner – Behörde. Der Betrag ist aber noch groß und die Klage über Reibungsverluste im Regierungsallday laut genug, um die Debatte über die zwei Regierungsstandorte immer wieder aufkommen zu lassen. Zusätzlich angeheizt wird sie durch die Beobachtung, dass die Hauptstadt an der Spree bis heute nicht so recht aus ihrem Schlamassel herausfindet, während das kleine Bonn zwar an Status, aber nicht an

wirtschaftlicher Stärke eingebüßt hat.

„Überreich entschädigt“

Im Gegenteil, findet der SPD-Abgeordnete Johannes Kahrs. „Bonn ist mit UN-Institutionen, Post und Telekom überreich entschädigt worden“, findet Kahrs. „Bonn blüht auch ohne die Regierung.“ Daher prüfe der Haushaltsausschuss des Bundestages einen Komplettumzug der Beamten nach Berlin. Unter den Haushältern bestehe bei diesem Thema Einigkeit, so Kahrs. „Völliger Blödsinn“ sei das, meint der CDU-Parlamentarier Steffen Kampeter, immerhin Mitglied des Haushaltsausschusses. Ähnliches verlautet auch von den Parteifreunden Kahrs.

Tatsache ist, dass sich die Haushälter der Koalition vergangene Woche zu einer routinemäßigen Klausur getroffen haben, wo sie routinemäßige Beschlüsse fassten. Als letzter Satz einer Erklärung findet sich folgende Bemerkung: „Im Übrigen werden wir die bestehende räumliche Arbeitsteilung der Bundesregierung und ihrer nachgeordneten Be-

hörden erneut auf mögliche kurz- und mittelfristige Effizienzgewinne untersuchen.“ Auf Deutsch heißt das: Die Haushälter wollen prüfen, wo im Hin und Her zwischen Bonn und Berlin Geld gespart werden kann. Dies sei ganz oder fast wortgleich schon bei früheren Gelegenheiten so vereinbart und formuliert worden, versichern übereinstimmende Haushälter von Union und SPD.

Eine „ausgesprochen ärgerliche Debatte“ sei dies, meint der Bonner SPD-Abgeordnete Ulrich Kelber. Wer so rede wie Kahrs, verunsichere nicht nur die Familien der Beamten. Er schrecke auch Investoren ab, die derzeit größere Projekte im ehemaligen Regierungsviertel prüften. Insgesamt hat der Bund den Strukturwandel in Bonn mit 1,4 Milliarden Euro unterstützt. Dort sitzen nicht nur große Konzerne wie die Telekom und die Post, sondern auch bedeutende öffentliche Einrichtungen von der Kunsthalle bis zu UN-Institutionen. MARKUS SIEVERS